

Das Wochenmagazin der SPÖ

www.spoe.at



Aktuell

9. April

„Österreich 2020“-Gastkommentar
vom AK-Steuerexperten Otto Farny

SPÖ-Bildungsreform: Zukunfts- chancen für Alle



Zentralmatura

Neue Mittelschule

Ganztagsschule

**Lehrerbildung
neu**

Die Bildungsreform ist im Vormarsch! Zügig setzt Bildungsministerin Claudia Schmied um, was Jahrzehnte nicht ging: Kleinere Schulklassen, Ganztagschulen, Neue Mittelschule, einheitliche schriftliche Reifeprüfungen an AHS und BHS sowie eine Reform der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, mit mehr Praxisbezug und einem Auswahlverfahren. Ebenfalls wichtig: Die Deutschförderkurse sollen bis zum Sommer verlängert werden, damit jedes Kind, das in Österreich in die Schule geht, die deutsche Sprache beherrscht.

Erfreulich: Erstmals seit Beginn der Krise vor 16 Monaten sinkt die Zahl der Arbeitslosen – damit hat die SPÖ-geführte Bundesregierung erreicht, was ihr in so kurzer Zeit kaum ein Experte zugetraut hätte. Besonders hervorzuheben ist hier, dass die Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr um 5,9 Prozent abgenommen hat. Oberstes Gebot bei den Arbeitsmarkt-Maßnahmen ist Qualifizierung, denn das ist immer noch der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

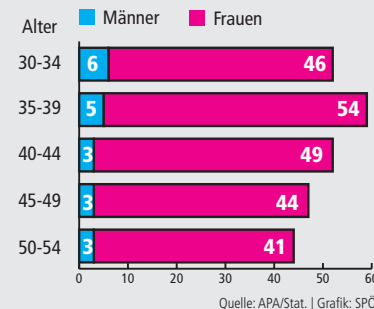
Bildungsreform	4
Interview mit Bildungsministerin Claudia Schmied	5
Arbeitsmarkt	7
Bundespräsidentenwahl	8
E-Voting	9
„Österreich 2020“-Gastkommentar vom AK-Steuerexperten Otto Farny	14

Bankenabgabe: Österreich hat Vorbildwirkung in Europa

Innerhalb Europas setzen wir uns für eine verstärkte Finanzmarktkontrolle und eine Bankenabgabe ein: Als wir die Bankenabgabe thematisiert haben, war sie erst in wenigen Ländern im Gespräch. Mittlerweile wird sie für die kommenden G20-Gipfel vorbereitet und auch andere Länder diskutieren die Abgabe“, so Bundeskanzler Werner Faymann. „Wir streben 500 Millionen Euro durch die Bankenabgabe an und dieses Ziel wollen wir erreichen“, bekräftigt der Bundeskanzler. Auch, wenn auf EU-Ebene ein niedrigerer Betrag beschlossen werden

THEMEN DER WOCHE

Teilzeitquote nach Alter in Prozent



Teilzeitarbeit ungerecht entlohnt

Die Lohnunterschiede zwischen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung sind drastisch: Vergleicht man Brutto-Stundenlöhne, verdienen Teilzeitbeschäftigte bis zu 30 Prozent weniger. Frauen sind hiervon besonders betroffen, da sie deutlich öfter und länger in Teilzeit arbeiten als Männer. Für Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ist daher klar: „Eine Einkommenstransparenz ist unverzichtbar, um auf das Missverhältnis bei der Entlohnung aufmerksam zu machen.“



Knie

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Frauen in technischen Berufen als Vorbilder für junge Mädchen

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek besuchte das General-Motors Werk in Wien-Aspern. Der Frauenanteil dort liegt bei fünf Prozent, in den Führungsetagen bei 18 Prozent. Heinisch-Hosek war insbesondere das Zusammentreffen mit den Technikerinnen und den Mitarbeiterinnen der Produktion wichtig: „Es ist mir ein Anliegen, Vorbilder für junge Mädchen zu treffen und mit ihnen zu diskutieren.“ Denn noch immer ist die Hälfte der erwerbstätigen jungen Frauen in Dienstleistungsbereichen zu finden. Junge Frauen sollen motiviert werden, sich auch für untypische Ausbildungswege zu interessieren.

Zitat der Woche

„Obwohl kaum ein anderes Land in Europa die Auswirkungen der Krise besser abfedern konnte als Österreich, werden wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik wurden auf 1,15 Milliarden erhöht und wir werden weiterhin um jeden Arbeitsplatz kämpfen.“

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits

mitreden.spo.at

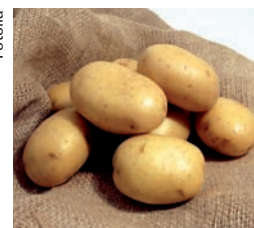
Meinungsforum:

Brauchen wir eine neue Lehrerausbildung?

Bildungsministerin Claudia Schmied will eine gemeinsame Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen. Wegen des großen Andrangs führen wir die Meinungsforum-Diskussion in dieser Ausgabe weiter.

Diskutieren Sie unter www.spo.at mit, ob das eine geeignete Maßnahme für mehr Praxisbezug und Sozialkompetenz ist.

Fotolia



Darf in Österreich nicht angebaut werden: „Amflora“.

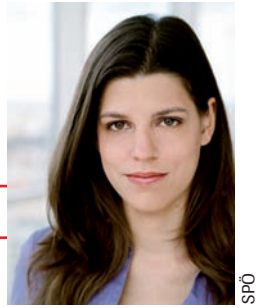
Anbauverbot für Gentechnik-Erdapfel „Amflora“

Gesundheitsminister Alois Stöger hat den Anbau der Erdäpfelsorte „Amflora“ in Österreich noch vor der Anbausaison verboten. „Die österreichischen Konsumenten können sich somit sicher sein, dass Österreich weiterhin gentechnikfrei bleibt“, betont Stöger. Die Verbotssverordnung ist bereits in Begutachtung geschickt worden und soll in einem beschleunigten Verfahren nach drei Wochen genehmigt werden.



HBF

Bundeskanzler Werner Faymann ist erfreut: Immer mehr Staaten diskutieren eine Bankenabgabe.



Keine Angst vor Heinz Fischer!

Als Heinz Fischer bekannt gab, bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl wieder kandidieren zu wollen, standen politische Mitbewerber vor der Situation, dass für den Amtsinhaber große Zustimmung in der Bevölkerung herrscht. Vieles erinnerte an das Jahr 1980.

„Für eine – nach dem eigenen Selbstverständnis – staatstragende Partei, darf es kein Mittel parteipolitischer Taktik sein, öffentlich dazu aufzurufen, auf das demokratische Recht der Mitbestimmung zu verzichten.“



Weiß wählen als Parole auszugeben ist nicht nur demokratiepolitisch bedenklich – es ist feige!

Mit der Amtsführung von Präsident Rudolf Kirchschläger zeigte sich die ÖVP 1980 zufrieden. So gab der damalige ÖVP-Chef Alois Mock ein Fernseh-Interview, in dem er bekräftigte, dass seine Partei niemanden in die Wahllauseinandersetzung schicken werde, weil das "Bemühen um eine korrekte und objektive Amtsführung" des Amtsinhabers anerkannt werde. 30 Jahre später stellt die ÖVP wieder keinen Kandidaten gegen den zur Wiederwahl stehenden Amtsinhaber – hier lassen sich allerdings nur bedingt historische Parallelen ziehen.

Im Gegensatz zur Einsicht Mocks, bemühen sich dieser Tage konservative Spitzenpolitiker, Menschen zu überzeugen, weiß zu wählen. Kann das der Anspruch einer staatstragenden Partei sein? Nein. Der ÖVP-EU-Abgeordnete Othmar Karas zeigte erst unlängst Flagge für Heinz Fischer. Weiß oder Rosenkranz zu wählen, seien für ihn keine Alternativen. Damit steht Karas im krassen Gegensatz zu ÖVP-Klubobmann Kopf und dem niederösterreichischen Klubobmann Schneeberger. Während Kopf offen zugibt, weiß wählen zu wollen, meint

Schneeberger, eine Mehrheit der ÖVP-Wähler werde lieber die rechtsextreme Niederösterreicherin und Strache-Vertraute wählen, anstatt Heinz Fischer. Da schwingt wohl noch die Enttäuschung darüber mit, dass Erwin Pröll von seiner Bundespartei nicht als Kandidat aufgestellt wurde.

Die Haltung der Volkspartei in dieser Frage ist einer lebendigen Demokratie abträglich. Hans Magenschab, ehemaliger Sprecher des verstorbenen Bundespräsidenten Thomas Klestil, bezeichnete in der letzten ORF-Report-Sendung die Haltung hochrangiger ÖVP-Funktionäre als "ungewöhnliche Novität" und kritisierte damit die Haltung der Parteispitze.

Für eine – nach dem eigenen Selbstverständnis – staatstragende Partei, darf es kein Mittel parteipolitischer Taktik sein,

„Warum hat ÖVP-Parteiboss Josef Pröll Angst, Heinz Fischer zu unterstützen? Warum will Josef Pröll nicht eingestehen, dass Heinz Fischer Österreich gut vertritt?“

öffentlich dazu aufzurufen, auf das demokratische Recht der Mitbestimmung zu verzichten. Demokratie ist, wie die Geschichte mehrfach bewiesen hat, keine Selbstverständlichkeit. Sie lebt nicht davon, dass sich die Menschen ihrer Meinung enthalten, also weiß, ungültig oder gar nicht zu wählen. Fähigkeit und Reife Position zu beziehen – das ist eine zentrale Bedingung für die Demokratie. Verzichten alle auf ihr Wahlrecht, würde das die Demokratie nicht nur in Frage stellen, es würde sie ad absurdum führen. Selbst wenn Wahlergebnisse vorhersehbar scheinen, ist es notwendig, mit der eigenen Stimme Position zu beziehen.

Warum hat ÖVP-Parteiboss Josef Pröll Angst, Heinz Fischer zu unterstützen? Warum will Josef Pröll nicht eingestehen, dass Heinz Fischer Österreich gut vertritt? Warum ist es der ÖVP so wichtig, Menschen aufzufordern, einen leeren Stimmzettel abzugeben und damit ihr staatstragendes Image über Bord zu werfen? Was auch immer die Antwort darauf sein mag – und parteitaktisches Kalkül liegt hier nahe: Weiß wählen als Parole auszugeben, ist nicht nur demokratiepolitisch bedenklich – es ist feige! ♦

BILDUNG

Schule der Zukunft wird

Bildungsministerin Claudia Schmied hat schon viele Erfolge in der Bildungspolitik feiern können. Ein Ende der Bildungsreform ist jedoch noch lange nicht in Sicht. Im Gegenteil, die Bildungsreform geht zügig weiter.

Wir erinnern uns zum Beispiel an die Verwirklichung der kleineren Klassen in den Schulen. Die Lehrer können sich durch diese bildungspolitische Maßnahme nun besser auf die Schüler konzentrieren. Das Lernen kann besser gelingen. Oder man denke an die Umsetzung des Gratis-Kindergartenjahrs. Auch die Neue Mittelschule feiert in Österreich bereits erste Erfolge. Ab September kommen viele Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern in den Genuss von 320 Neuen Mittelschulen. Neben der besseren Betreuung kann in der Neuen Mittelschule gezielt auf die Begabungen und Talente der jungen Menschen eingegangen werden. „Ich freue mich, dass die Eltern diesen Schultyp so wertschätzen und nachfragen“, betont Bildungsministerin Claudia Schmied.

Der Bildungsreformzug bewegt sich zügig weiter

Wer glaubt, dass der Bildungsreformzug seinen Endbahnhof schon erreicht hat, der irrt gewaltig. Der Bildungsreformzug bewegt sich zügig weiter. Die nächsten großen Ziele von Bildungsministerin Claudia Schmied sind: Dass Schule allen Beteiligten mehr Freude macht und insgesamt weniger Sorgen und Probleme bereitet. Dass der Weg freigemacht wird für ganztägige Schulangebote, um für Berufstätige und Alleinerziehende die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Dass nun endlich Meilensteine im Bereich der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen in Österreich gesetzt werden. Die „LehrerInnenausbildung“ muss neu gestaltet, die Zentralmatura an den AHS und BHS sowie ein neues Lehrerdienst- und Besoldungsrecht muss umgesetzt werden.

Neue Zentralmatura und „LehrerInnenausbildung“ kommt

Ab 2013/14 wird es an allen allgemeinbildenden höheren Schulen (AHS) eine einheitliche schriftliche Reifeprüfung geben.



Eine Schule als ein Ort, wo die Menschen gerne hingehen und die dazu beiträgt, dass die Kinder Talente gestalten können. So stellt sich Bildungsministerin Claudia Schmied die ideale Schule

Auch an den berufsbildenden höheren Schulen (BHS) soll dieses Ziel bis 2014/15 erreicht werden. Ein dementsprechender Gesetzesentwurf befindet sich gerade in Begutachtung. Außerdem ist eine neue „LehrerInnenausbildung“ geplant, die mehr Praxisbezug, mehr Durchlässigkeit, mehr Ausbildungsangebote für Berufstätige und ein Auswahlverfahren vorsieht.

Deutschförderkurse unbefristet verlängern

Neben dem Gesetz zur neuen Zentralmatura im BHS-Bereich, sollen die Deutschförderkurse bis zum Sommer auf gesetzlicher Basis und ohne Ablaufdatum verlängert werden, denn „jedes Kind, das in

Österreich in die Schule geht, muss die deutsche Sprache beherrschen“, so Schmied. Auch die Verbesserung der Angebote von Abendschulen steht auf dem Programm der Bildungsministerin. Das Ziel ist, weg von starren Klassen hin zu einem flexibleren Kurssystem zu gelangen, um den Lernenden eine Vereinbarkeit von Schule und Berufstätigkeit zu ermöglichen.

Masterplan „Ganztägige Schulangebote“

Bis zum Sommer arbeitet Bildungsministerin Schmied mit einem „Bildungsteam“, bestehend aus Städtebund, Gemeindebund und den Bundesländern an einem Masterplan für ganztägige Schulangebote.

Realität

„Ich möchte, dass jede öffentliche Schule höchstes Niveau für die Schülerinnen und Schüler bietet.“

Bildungsministerin Claudia Schmied



Fotolia

der ihr Leben entlang ihrer Begabungen und der Zukunft vor.

Und im Bereich Lehrerdienstrecht laufen im Moment intensive, sehr konzentrierte Gespräche mit Vertretern der Lehrergewerkschaft.

Jede Schule soll höchstes Niveau haben

Bildungsministerin Schmied hält nichts von einer Eliteschule in jedem Bundesland und einer damit einhergehenden Selektion, wie von Außenminister Spindelegger vorgeschlagen. „Ich möchte 5.975 Eliteschulen in diesem Land haben. Ich möchte, dass jede öffentliche Schule höchstes Niveau für die Schülerinnen und Schüler bietet und ein erstklassiger Platz für die Lehrerinnen und Lehrer ist“, so Schmied. ♦

INTERVIEW

Mehr Fairness durch die neue Matura

Bildungsministerin Claudia Schmied im „SPÖ Aktuell“-Interview über die neue Zentralmatura und die neue „LehrerInnenausbildung“.



Schedl

Bildungsministerin Claudia Schmied: Zentralmatura kommt 2013/14.

SPÖ-Aktuell: Stichwort Zentralmatura. Wie ist der derzeitige Stand der Dinge?

Claudia Schmied: In den allgemeinbildenden höheren Schulen (AHS) wird es ab dem Schuljahr 2013/14 standardisierte Abschlussprüfungen geben. Nun soll die Zentralmatura ab 2014/15 auch in den berufsbildenden höheren Schulen (BHS) Einzug halten. Ein dementsprechender Gesetzesentwurf befindet sich gerade in Begutachtung.

Worin liegen die Vorteile der Zentralmatura?

Schmied: Es wird für die Schülerinnen und Schüler mehr Fairness geben. Denn in den wichtigen Fächern wie Deutsch, Mathematik und „lebende“ Fremdsprachen sind die schriftlichen Prüfungsfragen zentral vorgegeben und in ganz Österreich für alle gleich. Die neue Matura bringt auch mehr Objektivität mit sich, da die Lehrerinnen und Lehrer die Prüfungsfragen nicht kennen. Die Lehrer werden durch diese Maßnahme viel mehr zu Begleitern ihrer Schüler.

Was genau ändert sich durch die Zentralmatura?

Schmied: Die Zentralmatura beruht auf drei Säulen. Die Maturanten müssen eigenständig an den AHS eine „vorwissenschaftliche Arbeit“ und an den BHS eine „Diplomarbeit“ zu einem bestimmten Thema verfassen. Alle Schüler werden in Zukunft dieselben Fragen bei der schriftlichen Maturaprüfung bekommen und diese am selben Tag ablegen. Die mündliche Abschlussprüfung wird indi-

viduell am Standort konzipiert. Im Kern kommt es zu einer Standardisierung, aber trotzdem bleibt noch genug Platz, um individuelle Vielfalt und Schulprofile deutlich zu machen. Also, eine gute Kombination.

Was haben Sie der Kritik in puncto Zentralmatura und der dafür nötigen Neugestaltung der Lehrpläne und Schulbücher entgegenzusetzen?

Schmied: In den AHS sind die Lehrpläne schon an die neue Matura angepasst. Wir arbeiten zügig daran, die Lehrpläne auch an den BHS in Richtung Output und an dem was Schüler können sollen umzustellen. Diese Umstellung wird natürlich auch Einzug in die Schulbücher finden. Das Bundesinstitut für Innovation und Entwicklung arbeitet jeden Tag intensiv daran.

Was kann man sich unter sogenannten „Pilotenschulen“ vorstellen?

Schmied: An den Pilotenschulen wird der „Ernstfall“ geprobt. Es wird so getan, als ob es die neue Matura schon geben würde. Ich freue mich sehr, dass dieses Projekt so gut angenommen wird und so viele Schulen daran teilnehmen.

Die Expertenberichte zur neuen „LehrerInnenausbildung“ liegen nun vor. Wie geht's jetzt weiter?

Schmied: Derzeit wird mit allen Betroffenen, also den Vertreterinnen und Vertretern der Universitäten, der Pädagogischen Hochschulen, den Sozialpartnern gesprochen. Ich habe mit Wissenschaftsministerin Karl vereinbart, bis zum Jahresende so weit zu sein um politische Entscheidungen umsetzen zu können.

Was soll sich in der „LehrerInnenausbildung“ ändern?

Schmied: Bei der neuen Ausbildung der Lehrkräfte sind mir vier Punkte besonders wichtig. Es soll künftig ein Aufnahmeverfahren geben, welches garantiert, dass die Bestgeeigneten Lehrer werden. Der Praxisbezug muss ebenfalls gestärkt werden. Das bedeutet, die Auszubildenden müssen möglichst früh mit den Schülern in Kontakt kommen. Außerdem wünsche ich mir mehr Durchlässigkeit bei der Lehrerausbildung und mehr berufsbegleitende Angebote. ♦

ARBEITSMARKT

Arbeitslosigkeit

Nach 16 Monaten Krise ist es aufgrund der rasch gesetzten Maßnahmen der SPÖ-geführten Bundesregierung gelungen, erstmals wieder einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu erreichen.



Die SPÖ-geführte Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann wird die Maßnahmen für den Arbeitsmarkt weiterhin verstärken. Dass Österreich „konsequent die zweitgeringste Arbeitslosigkeit hält“ sei, so der Bundeskanzler, vor allem den vielen engagierten Klein- und Mittelbetrieben sowie Industriebetrieben zu verdanken.

„Wir werden nicht nachlassen, die aktive Arbeitsmarktpolitik zu stärken. Wir wollen uns nicht damit begnügen, passiv Arbeitslosengeld auszuzahlen, sondern wir wollen vor allem jungen Leuten Perspektiven geben, und ihnen einen Ausbildungsplatz garantieren.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Die zahlreichen Maßnahmen der Regierung zeigen Wirkung. Österreich verfügt nicht nur über die zweitniedrigste Arbeitslosigkeit in Europa, sondern hat geschafft, was noch vor

einem Jahr kein Experte für möglich gehalten hätte. Erstmals seit Ausbruch der Krise ist die Arbeitslosigkeit rückläufig. Exklusive der Schulungen ist von Februar bis März ein Rückgang der Arbeitslosigkeit von 1,8 Prozent zu verzeichnen. Im März 2010 waren 266.320 Menschen arbeitslos. 84.017 Personen befanden sich in Schulungen.

Februar bis März – 47.000 Arbeitslose weniger

Gegenüber dem Vormonat Februar hat es einen Rückgang der Arbeitslosigkeit von knapp 47.000 gegeben, bei den Schulungen ist es zu einem leichten

Anstieg um knapp 600 Personen gekommen. Als „besonders erfreulich“ bezeichnet Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer die Tatsache, dass im Industriebereich eine Entspannung am Arbeitsmarkt zu verzeichnen ist – die Arbeitslosigkeit in dieser Branche ist im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozent zurückgegangen. In immerhin vier Bundesländern – Burgenland, Salzburg, Steiermark und Tirol – ist inklusive Schulungen die Arbeitslosigkeit zurückgegangen. „Mehr als 55.000 Personen haben eine Einstellzusage und für mich einer der wichtigsten Punkte: Die Jugendarbeitslosigkeit hat ebenfalls um 5,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr abgenommen“, so Hundstorfer.

sinkt

„Während andere Länder den Sparstift bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Sozialleistungen angesetzt haben, hat Österreich das Budget für aktive Arbeitsmarktpolitik trotz Krise auf ein Rekordniveau erhöht und damit erreicht, was noch vor einem Jahr kein Experte für möglich gehalten hätte: Die Arbeitslosigkeit in Österreich sinkt.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin
Laura Rudas

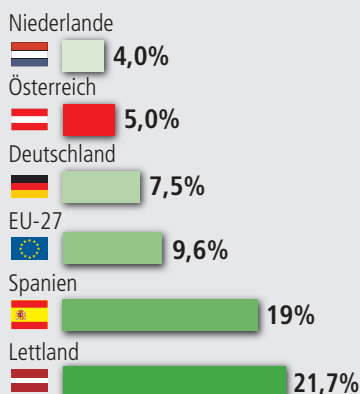
Jugendarbeitslosigkeit geht überdurchschnittlich zurück

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit von 15- bis 24-Jährigen liegt mit -5,9 Prozent deutlich über dem österreichischen Durchschnitt und im europäischen Vergleich liegt Österreich bei der Jugendarbeitslosigkeit mit 10 Prozent an zweiter Stelle. Das bisherige Jahr 2010 zeigt eindeutig positive Tendenzen am Jugendarbeitsmarkt. So haben bereits 34.000 Jugendliche eine Beschäftigung aus einer Vormerkung beim AMS aufgenommen und 24.000 Personen unter 25 Jahren ein qualitativ hochwertiges Kursangebot genutzt.

Mit Qualifizierung gegen die Krise – Schulungen erhöhen Jobchancen

„Diese erfreulichen Signale täuschen natürlich nicht darüber hinweg, dass die Situation am Arbeitsmarkt in Österreich nach

Gesamtarbeitslosenquote im europäischen Vergleich



wie vor angespannt bleibt und dass wir für heuer insgesamt mit steigenden Zahlen zu rechnen haben“, unterstreicht der Arbeitsminister. Ausschlaggebend für eine rasche Wiedervermittlung sei jedenfalls eine gute Ausbildung. So haben 2009 50 Prozent der Jobsuchenden, die an einer Schulung des AMS teilgenommen haben, innerhalb von drei Monaten einen neuen Arbeitsplatz gefunden – trotz Krise. Von allen Personen, die im Zeitraum Jänner bis September 2009 eine Arbeitsstiftung erfolgreich beendet haben, haben sogar 69 Prozent innerhalb von drei Monaten eine Beschäftigung aufgenommen. Bei dreiviertel aller Schulungsteilnehmern wird eine Ausweitung der Beschäftigung als Folge der angebotenen Aus- und Weiterbildung erreicht. Schulungsteilnehmern stellen den angebotenen AMS-Kursen ein sehr positives Zeugnis aus – sie bewerten den praktischen Nutzen der Kurse mit der Note 1,9. „Das Schulungsangebot wurde stark ausgeweitet, denn: die Schulungen des AMS erhöhen die Jobchancen der Menschen deutlich. Qualifizierung ist der beste Weg aus der Arbeitslosigkeit“, so Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer und SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits bekräftigt: „40 Prozent aller Arbeitslosen verfügen nur über einen Pflicht-

Kaum ein anderes europäisches Land konnte die Auswirkungen der Krise geringer halten als Österreich. Mit fünf Prozent verfügt Österreich über die zweitniedrigste Arbeitslosenquote in Europa.

schulabschluss. Daher ist es richtig und notwendig, diese Menschen auf dem Weg zur Höherqualifizierung zu unterstützen. Denn: Qualifizierung ist immer noch der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit und Österreich braucht gut ausgebildete Fachkräfte, um nach der Krise wieder mit voller Kraft durchstarten zu können.“

Leichte Entspannung – Krise aber noch nicht zu Ende

Die positiven Signale dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Krise noch nicht zu Ende ist und die Situation am Arbeitsmarkt angespannt bleibt. „Die Richtung stimmt, für eine Entwarnung ist es aber noch zu früh“, so Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer – und auch für SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas steht fest: „Jeder Arbeitslose ist einer zu viel und wir haben die Krise noch nicht überwunden. Daher werden wir weiterhin all unsere Kräfte bündeln und für die Menschen in diesem Land um jeden Arbeitsplatz kämpfen.“



BMASK

INFO

Veränderung der Arbeitslosigkeit zum Vorjahr in Prozent

	Gemeldete Arbeitslose (Stand März 2010)	Veränderung in Prozent
Männer	162.750	-2,8
Frauen	103.570	-0,0
15 – 24-Jährige	41.493	-5,9
Über 50-Jährige	56.938	+3,2
Gesamt	266.320	-1,8

„Nach 16 Monaten Krise ist es aufgrund der rasch gesetzten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gelungen, erstmals einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu erreichen.“

Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer

PERSONENKOMITEE

Starke Persönlichkeiten für Heinz Fischer

Der amtierende Bundespräsident hat während seiner bisherigen Amtszeit bewiesen, dass er Österreich nach innen und nach außen würdig vertritt. Offenheit, Besonnenheit und Erfahrung: Das zeichnet Heinz Fischer aus.



Jakwerth

Heinz Fischer steht für mehr Anstand in unserer Wirtschaft, in der Gewinne durch Arbeit und Leistung entstehen sollen, nicht durch Spekulation.

An dieser Stelle wollen wir wieder einige prominente Unterstützerinnen und Unterstützer von Heinz Fischer vorstellen. Der zur Wiederwahl stehende amtierende Bundespräsident setzt sich für Werte, die die Politik braucht. Fischer setzt sich für mehr Verantwortungsbewusstsein in der Politik und für eine neue Ernsthaftigkeit im Umgang mit Problemen und Herausforderungen ein. Um diese Kontinuität beibehalten zu können, müssen noch viele Menschen überzeugt werden, am 25. April wählen zu gehen und Heinz Fischer ihr Vertrauen zu schenken.

Auf www.heinzfischer.at hat jeder die Möglichkeit, sich die Statements zur Wiederkandidatur durchzulesen und sich selbst als Unterstützer einzutragen. ♦

Ich unterstütze Dr. Heinz Fischer, weil ...

privat



... er eine integre, aufrechte und liebenswürdige Persönlichkeit ist. Er übt seine Tätigkeit als Bundespräsident zum Wohl aller Menschen in unserem Land aus, hat damit diesem

Amt Profil gegeben und das Ansehen Österreichs im In- und Ausland gestärkt.

Prof. Dr. Walter Kirchschräger,
Philosoph und Theologe, Sohn des ehemaligen Bundespräsidenten Dr. Rudolf Kirchschräger

privat



... ich Dr. Heinz Fischer persönlich seit 47 Jahren kenne; zuerst als Auslandskorrespondent und später auch als Chefredakteur der Vierteljahresschrift "Europäische Rundschau", da er seit vielen Jahren Mitglied des Herausgeberkomitees ist. Fischer ist ausgleichend und überparteilich agierend, ohne seine Gesinnung zu verleugnen; welterfahren, umfassend gebildet und stets informiert; auch im Ausland hoch geschätzt.

Paul Lendvai, Journalist

privat



... er als Bundespräsident ein absoluter Glücksfall für Österreich ist. Gäbe es ihn zum Glück nicht schon, man müsste eine so um- und weitsichtige, besonnene und charismatische Persönlichkeit für dieses Amt erfinden. Lieber Heinz Fischer, danke für Ihren Entschluss.

Frank Hoffmann, Schauspieler

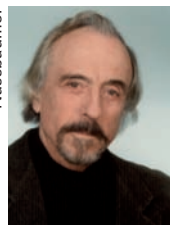
privat



... er ein Demokrat ist, ein sozial engagierter Mensch, ein Humanist und ein Staatsmann. Weil er ein ausgezeichnete Bundespräsident ist und dieses Amt mit Augenmaß und Weitsicht bekleidet. Und weil jemand, der Jazz liebt, ganz einfach groovt.

Andrea Maria Dusl,
Regisseurin und Autorin

Nussbaumer



Je größer der Dr. Fischer, umso kleiner die Rosenkranz.

Arik Brauer,
Maler

Denk



... wir in dieser stürmischen und allzu lauten Zeit einen Mann des Ausgleiches und der Besonnenheit dringend benötigen.

Adi Hirschal,
Intendant Wiener Lustspielhaus

wikipedia commons



... er der ruhende Pol in einer oft allzu aufgeregten politischen Landschaft ist. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten braucht unser Land einen Präsidenten, der ausgewogen, überlegt und mit Sachverstand handelt.

Peter Menasse, Schriftsteller

E-VOTING

SPÖ lehnt Wählen per Mausklick ab

E-Voting – also Wählen über das Internet – wird seitens der SPÖ nach dem völlig missglückten Testlauf bei der Wahl zu den Universitätsvertretungen 2009 entschieden abgelehnt.

„Die Wahlmethode per Mausklick verstößt gegen fundamentale Prinzipien des österreichischen Verfassungsrechtes und verletzt nicht nur das geheime und persönliche Wahlrecht, sondern auch Datenschutzprinzipien.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter erinnert daran, dass bereits im Jahre 2009 wegen des E-Votings bei der ÖH-Wahl eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof eingebracht wurde. „Die Wahlmethode per Mausklick verstößt gegen fundamentale Prinzipien des österreichischen Verfassungsrechtes und verletzt nicht nur das geheime und persönliche Wahlrecht, sondern auch Datenschutzprinzipien. Eine Ausdehnung auf allgemeine Wahlen kommt für die SPÖ keinesfalls in Frage“, kritisiert Kräuter die Forderung VP-Kalteneggers nach einer umfassenden Wahlrechtsreform – inklusive E-Voting.

Die SPÖ erteilt diesem Vorhaben eine klare Absage. Auch namhafte Vertreter der Lehre haben öffentlich gegen das E-Voting Stellung bezogen, selbst der Präsident des Verfassungsgerichtshofes steht dem E-Voting äußerst skeptisch gegenüber.

Projekt E-Voting ist gescheitert

„Das ÖVP-Prestigeprojekt E-Voting ist grandios gescheitert“, stellt auch SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl fest. Die Äußerungen von Wissenschaftsministerin Karl, wonach E-Voting bei der nächsten ÖH-Wahl nicht mehr zum Einsatz kommen soll, wertet sie als

„deutliches Eingeständnis dieses Scheiterns“. Die SPÖ habe E-Voting „von Anfang an abgelehnt“. Kuntzl begründet die klare Ablehnung mit demokratiepolitischen Bedenken: E-Voting höhle das Recht auf freie und geheime Stimmabgabe aus. Auch sei es nicht gelungen, die Wahlbeteiligung durch den Einsatz von E-Voting zu erhöhen. „Unterm Strich bleibt also ein demokratiepolitisch bedenkliches Experiment der ÖVP, das außerimmensen Mehrkosten und zahlreichen Pannen nichts gebracht hat“, so Kuntzl. SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann äußerte zur ÖH-Wahl 2009 ebenfalls Bedenken: „Als Verfassungssprecher der SPÖ bin ich grundsätzlich gegen E-Voting, aus folgenden Gründen: Es hat sich noch in keinem Land bewährt und der Wahlvorgang soll bewusst durchgeführt werden, nicht wie bei der Abstimmung zum ‚Dancing Star‘. Die ÖH-Wahl wurde nicht mit einem Verfassungsgesetz abgesichert und ich halte es deswegen für verfassungsrechtlich bedenklich.“ Davor kurzem



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter spricht sich klar gegen E-Voting aus.

veröffentlichte Evaluierungsbericht zum E-Voting wurde von den gleichen Instituten erarbeitet, die auch maßgeblich an der Durchführung der elektronischen Stimmabgabe bei der ÖH-Wahl 2009 beteiligt waren. „Es gehört schon eine gehörige Portion Unverfrorenheit dazu, ein selbst vermurkstes Projekt auch noch selbst in höchsten Tönen zu loben“, kritisierte Kräuter.

Konsequenter Einsatz des VStStÖ

Sophie Wollner, Bundesvorsitzende des VStStÖ, ergänzt: „Unser konsequenter Einsatz gegen E-Voting hat etwas gebracht. Jetzt geht es darum, E-Voting auch bei zukünftigen Wahlen – egal ob ÖH-Wahlen oder Nationalratswahlen – zu verhindern.“ Der VStStÖ hat bereits Mitte Februar als erste wahlwerbende Gruppe eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof gegen E-Voting eingebracht. Denn: Ein Stimmverfahren, das den Wahlgrundsätzen der freien, geheimen und persönlichen Wahl nicht entspricht, gegen den Willen der Betroffenen durchzusetzen sei völlig verantwortungslos gewesen, erklärte Wollner. Das Thema „E-Voting“ sorgte schon für viel Diskussionsstoff – ein Ende ist noch nicht abzusehen. ♦



Wählen per Mausklick bringt nicht nur datenschutzrechtliche Probleme mit sich – auch verfassungsrechtlich bestehen Bedenken, da es das Recht auf freie und geheime Stimmabgabe einschränkt.

EUROPA I

Das Ziel: Eine Reform der Finanzmärkte!

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder wurde am 7. April zum Vorsitzenden des Economic and Finance Network der europäischen Sozialdemokratie gewählt.

„Die Schwerpunkte der Arbeit in den kommenden Monaten liegen auf der Hand. Als Sozialdemokratie stehen wir vor der historischen Aufgabe, eine echte Reform der Finanzmärkte zu erreichen.“

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder

Die Schwerpunkte der Arbeit in den kommenden Monaten liegen auf der Hand. Als Sozialdemokratie stehen wir vor der historischen Aufgabe, eine echte Reform der Finanzmärkte zu erreichen. Die Debatte über mehr Regulierung und gerechte Finanzierung der Krisenkosten wird in ganz Europa geführt. Als Sozialdemokratie ist es unser Ziel dafür zu sorgen, dass vernünftige Vorschläge jetzt auch zur Umsetzung gelangen“, so Schieder.

der. Als konkrete Herausforderungen der kommenden Monate nennt der neue Vorsitzende die Schaffung einer demokratisch kontrollierten europäischen Aufsicht, den Kampf gegen Spekulation und gegen Steuerbetrug, aber für einen gerechten Beitrag der Finanzwelt zur Bewältigung der Krisenkosten.

Auf der Agenda des letzten Treffens des Economic and Finance Network vergangene Woche standen Beratungen über die Umsetzung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer. „Die Chancen, dass wir in diesem Bereich etwas bewegen können, stehen besser denn je. Den aktuellen Schwung müssen wir nutzen, um unsere Vorhaben voranzutreiben“, so Schieder. Außerdem wird über sozialdemokratische Perspektiven auf die EU2020-Strategie diskutiert und über Mechanismen, die die finanzielle Stabilität in der Eurozone stärken sollen. ♦



Pertramer

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder folgt Poul Rasmussen, dem Präsident der europäischen Sozialdemokratie, der dem Netzwerk bisher vorstand, nach und wird künftig die Arbeit der PES in Wirtschafts- und Finanzfragen koordinieren.

EUROPA II Mehr Abgeordnete fürs EU-Parlament

Das Europäische Parlament hat den Weg für zusätzliche Abgeordnete frei gemacht. Nach dem Lissabon-Vertrag wird die Zahl der Europaabgeordneten von derzeit 736 auf 751 aufgestockt.

Der Beschluss zeigt, dass das EU-Parlament alles daran setzt, damit die neuen Abgeordneten rasch ihre Arbeit aufnehmen können. Jetzt ist der Rat gefordert, die Änderung des Lissabonner Vertrags sobald als möglich vorzunehmen“, so der Delegationsleiter der SPÖ-EU-Abgeordneten Jörg Leichtfried und Evelyn Regner, stv. Delegationsleiterin. Die beiden EU-Abgeordneten fordern, dass es zumindest ermöglicht werde, dass die neuen Abgeordneten den Beobachterstatus antreten können. ♦

Für die SPÖ wird Volkshilfe-Präsident Josef Weidenholzer ins EU-Parlament einziehen. Er war auf der Liste zur EU-Wahl an fünfter Stelle gereiht.



Spiola

EUROPA III EU-Strategie zu Integration gefordert

Europa braucht dringend eine umfassende Strategie zur Integration der Roma in den EU-Mitgliedstaaten. Der geplante Roma-Gipfel in Cordoba ist für Hannes Swoboda ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Die Bevölkerung der Roma leidet in vielen Staaten Europas noch immer unter starker Diskriminierung“, erklärte der Vizepräsident der S&D-Fraktion, Hannes Swoboda. Seit Jahren mahnt Swoboda eine höhere Aufmerksamkeit der EU-Kommission für die Roma-Frage ein. Der EU-Abgeordnete fordert eine mit den Mitgliedsländern abgestimmte Strategie, um den Teufelskreis der verschiedenen Diskriminierungen auf den Gebieten des Wohnens, der Gesundheit, der Ausbildung und des Arbeitsmarktes zu durchbrechen. ♦

Die SPÖ will eine gerechtere Zukunft und gleiche Chancen für Roma.



picturedesk

Essay

Null Gerechtigkeit

Der Bruno Kreisky-Preisträger Thomas Rothschild legt einen Essay über Verteilungsgerechtigkeit, Neid, Rache, Terror, Kompromiss und die Sozialdemokratie vor.

Das neue Buch von Thomas Rothschild untersucht in essayistischer Form historische und systematische Aspekte der Gerechtigkeit, auch solch übel beleumundeter Kategorien wie Rache, Neid und Terror. Die Überlegungen werden ergänzt durch Gedanken zu entsprechenden Werken der Literatur und des Films: William Shakespeares „Der Kaufmann von Venedig“, Heinrich von Kleists „Michael Kohlhaas“, Stefan Zweigs „Angst“, Bertolt Brechts

„Der kaukasische Kreidekreis“, Albert Camus' „Die Gerechten“, Aischylos' „Die Orestie“, William Shakespeares „Hamlet“, Friedrich Schillers „Wilhelm Tell“, Friedrich Dürrenmatts „Der Besuch der alten Dame“, Milan Kunderas „Der Scherz“, Jurek Bekkers „Bronsteins Kinder“, Fritz Langs „Fury“, Robert Bressons „Les Dames du Bois de Boulogne“, John Fords „My Darling Clementine“ und Martin Scorseses „Cape Fear“.

Sachbuch

Das Theater mit dem Gender

Das letzte Buch, das von Johanna Dohnal herausgegeben wurde, befasst sich mit dem Thema: 10 Jahre KosmosTheater.

Das Wiener KosmosTheater, das am Internationalen Frauentag 2010 seinen 10. Geburtstag feierte, ist ein Kind der feministischen Forderung nach Autonomie und kollektiven Orten für Frauen, wo diese selbstbestimmt agieren können. Das Jubiläumsbuch ist eine Dokumentation über ein wichtiges und aufregendes Kapitel der österreichischen Frauen- und Kulturpolitik, in deren Mittelpunkt der zähe, noch lange nicht ausgestandene Kampf um ein paar Quadratmeter „Frauenraum“ steht, „um

überhaupt sein zu dürfen, was man schon ist“, wie Elfriede Jelinek es formulierte. Doch Bescheidenheit war nicht die Zier der „Kosmos“-Frauen: Mit unglaublich viel Erfindungsreichtum, Kampfgeist, Gewitztheit und Ausdauer haben sie den Kampf gegen an feministischer Kunst desinteressierte Politiker und beamtete Kunstexperten aufgenommen und ausgefochten. An dessen vorläufigem Ende steht die Umsetzung einer Vision, eine Bühne auf der innovatives Theater dargeboten wird.

Politikberatung

Die Tricks der Politiker

Der bekannte Politikberater Thomas Hofer wirft einen Blick hinter die Kulissen der Macht.

Gute Politiker überlassen nichts dem Zufall: Jede Ansage, jeder Auftritt ist wohl kalkuliert. Die Regierenden wissen exakt über die Meinung der Bevölkerung zu den Top-Themen Bescheid. Thomas Hofer stellt dar, welche Strategien und Kniffe Politiker anwenden, um erfolgreich zu sein. Dieses Buch deckt die Geheimnisse der Politik-Inszenierung auf und zeigt, wie Politik in den Hinterzimmern der Macht entsteht. Woher wissen Politiker, was sie sagen müssen? Warum antworten sie nicht auf Journali-

stenfragen? Warum arten Wahlkämpfe meist zur Schlammschlacht aus? Wie designen Politiker ihr Image? Thomas Hofer, intimer Kenner des Politik-Business, gibt die Antworten.

Thomas Hofer ist einer der bekanntesten Politikberater Österreichs und Politik-Analyst in Printmedien und im TV. Er studierte in Washington und Wien. Der ehemalige „profil“-Journalist lernte bei führenden US-Wahlkampfmanagern die Geheimnisse der politischen Kommunikation.

☐ Stk.


Thomas Rothschild:

0 Gerechtigkeit.

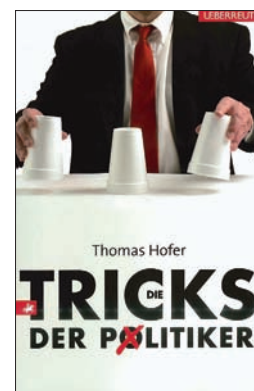
Promedia Verlag, Wien 2010;
175 S., 14,90 €

☐ Stk.


Dohnal (Hg.), Riegler:

Das Theater mit dem Gender – 10 Jahre KosmosTheater.

Löcker Verlag, Wien 2010;
158 S., 19,80 €

☐ Stk.


Thomas Hofer:

Die Tricks der Politiker.

Verlag Carl Ueberreuter,
Wien 2010;
250 S., 22,95 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



BURGENLAND

SPÖ Frauen setzen Initiative für Frauengesundheit



Ein neues Gesundheitsbewusstsein der Burgenländerinnen und mehr Öffentlichkeit für frauenspezifische Gesundheitsthemen sind Ziele einer neuen Info-Kampagne der SPÖ Frauen.

Mit der Kampagne „Wir Burgenländerinnen bleiben gesund“ wollen die SPÖ Frauen darauf hinweisen, dass Frauen andere gesundheitliche Bedürfnisse als Männer haben. Wissenschaftliche Studien beweisen, dass Frauen und Männer unterschiedlichen psychosozialen Belastungen ausgesetzt sind, die krank machen können. „Uns ist es deshalb wichtig, Frauen zu informieren und ihnen Alternativen aufzuzeigen, die es ihnen erleichtern, ein gesundes Leben zu führen“, so Landesrätin und Landesfrauenvorsitzende Verena Dunst. Die burgenländischen SPÖ Frauen laden daher im April burgenlandweit zu Informationsabenden



„Wir Burgenländerinnen bleiben gesund“: Landesfrauenvorsitzende Verena Dunst und Landesfrauengeschäftsführerin Gabi Tremmel präsentieren die neue Kampagne der SPÖ Frauen Burgenland.

zum Thema Gesundheit ein. Hierzu werden hochkarätige Referentinnen und Referenten aus den Bereichen Medizin, Ernährungswissenschaften und Personal

Training vortragen. Langfristig möchten die SPÖ Frauen so zu einem neuen Gesundheitsbewusstsein bei den Burgenländerinnen beitragen.

Eigene Homepage mit Blogbereich

„Auf inhaltlicher Ebene geht es uns darum, frauenspezifischen Gesundheitsfragen mehr Öffentlichkeit zu verschaffen“, erklärt Landesfrauengeschäftsführerin Gabi Tremmel. Eigens für die Kampagne wurde auch eine Webseite eingerichtet: Unter **www.GesundesBurgenland.at** finden Interessierte alle Termine sowie einen Blogbereich, der unterschiedliche Gesundheitsthemen behandelt. „Regelmäßig einen Blick auf die Homepage zu werfen zahlt sich mit Sicherheit aus“, so Tremmel. ♦

KÄRNTEN

Ein Team, ein Ziel – „Kärnten wieder aufrichten“



Am 6. April fand in Cap Wörth die erste Parteiklausur der SPÖ unter ihrem neuen Vorsitzenden Peter Kaiser statt.

Neben inhaltlichen Weichenstellungen wurden bei der Parteiklausur, an der der neue 30-köpfige Parteivorstand teilnahm, auch wichtige personelle Entscheidungen getroffen. Neben Peter Kaiser wird die bisherige Landtagsabgeordnete Beate Prettnr den zweiten Sitz in der Landesregierung übernehmen und Reinhart Rohr wird neuer Klubobmann der SPÖ Kärnten. Zu Kaisers neuem fünfköpfigem Stellvertreter-Team zählen Arbeiterkammer-Präsident Günther Goach, Frauenvorsitzende Ana Blatnik, die Landtagsabgeordneten Herwig Seiser und Jakob Strauss sowie Spittals Bürgermeister Gerhard Köfer.

„Dieses Team ist ein klares Signal der neuen Geschlossenheit der SPÖ Kärnten. Ab

sofort hat unsere Energie und unservoller Einsatz den Kärntnerinnen und Kärntnern zu gelten“, so Kaiser. Für ihn steht fest, dass die SPÖ die einzige politische Alternative für eine soziale und gerechte Politik ist.

SPÖ als „Polit-Holding“

Für Kaiser und sein Team geht es auch darum, die SPÖ moderner auszurichten. Kaiser schwebt das Modell einer Polit-Holding vor: Er und sein Team wollen ähnlich wie Aufsichtsräte in den verschiedenen Vorfeldorganisationen fungieren. „Nicht unsere Funktionäre und Vereine sollen zu uns pilgern, wir müssen auf sie zugehen. Deswegen wird jeder meiner Stellvertreter und jedes



Landespartei-vorsitzender Peter Kaiser mit seinem neuen Team: Landesrätin Beate Prettnr, Klubobmann Reinhart Rohr und Landesgeschäftsführer Hans-Peter Schlagholz.

Vorstandsmitglied im Sinne einer besseren, moderneren Vernetzung Aufgaben in den der SPÖ nahestehenden Organisationen übernehmen“, erläutert Kaiser das Prinzip. ♦

STEIERMARK

SPÖ-Landtagsklub präsentiert „WORK“



Die steirische SPÖ präsentiert ein Strategiepapier gegen die Jobkrise. Ein Plädoyer für aktive und offensive Arbeitsmarktpolitik.

„Wir müssen mit einer aktiven und offensiven Arbeitsmarktpolitik gegen die Jobkrise ankämpfen“, erklärten der steirische SPÖ-Klubobmann Walter Kröpfl und Arbeitsmarktsprecher Landtagsabgeordneter Günther Prutsch bei der Präsentation des Strategiepapiers „WORK“. Der steirische SPÖ-Landtagsklub setzt sich im Zuge der Weltwirtschaftskrise in dem Papier mit Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auseinander. Man müsse „mit allen Mitteln versuchen, die Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen“, so Kröpfl. Die Politik sei mehr denn je gefordert, optimale Rahmenbedingungen für Arbeit und Beschäftigung zu schaffen betonte der SPÖ-Klubobmann.



SPÖ Steiermark

Mit aktiver Arbeitsmarktpolitik gegen die Jobkrise ankämpfen: SPÖ-Klubobmann Walter Kröpfl und Arbeitsmarktsprecher Landtagsabgeordneter Günther Prutsch bei der Präsentation des Strategiepapiers WORK.

Zukunftschancen für Steirerinnen und Steirer

Kein Zweifel besteht für den steirischen SPÖ-Landtagsklub daran, dass Arbeit nach wie vor das beste Mittel gegen Armut ist. Arbeit bedeutet Einkommen und somit Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. WORK soll „Mittel und Wege aufzeigen, wie das Land Steiermark seinen

Beitrag zur Trendwende hin zu weniger Arbeitslosigkeit und mehr Zukunftschancen für die Steirerinnen und Steirer leisten kann“, so Kröpfl und Prutsch über das Strategiepapier. Für sie steht fest: „Politik kann und muss gerade in Zeiten wie diesen eingreifen, denn nur eine Solidargemeinschaft kann faire Chancen für alle garantieren.“ ♦

WIEN

Wien auf dem Weg zur Ganztagschule



Die Wiener Volksbefragung hat gezeigt: Wiens Bevölkerung wünscht sich Ganztagschulen. An der Umsetzung wird auf Hochtouren gearbeitet.

Bei der Wiener Volksbefragung haben sich 77 Prozent der Wienerinnen und Wiener für ein flächendeckendes Ganztagschulangebot ausgesprochen. Gemeinsam mit SPÖ-Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch und Wiens Amtsführender Stadtschulratspräsidentin Susanne Brandsteidl, präsentierte Bürgermeister Michael Häupl nun den Fahrplan für die Umsetzung. „Wir haben vom ersten Tag nach der Volksbefragung alles daran gesetzt, das Projekt einer flächendeckenden Ganztagschule auf Schiene zu bekommen“, so Oxonitsch und Brandsteidl. Mit fast 8.000 Kindern in Ganztagsvolks- und Hauptschulen nimmt Wien bereits jetzt eine Vorreiterrolle im Bildungsbereich ein.

Pflichtschulen und AHS werden Ganztagschulen

„Ziel ist, in den nächsten sieben Jahren die Standorte im Pflichtschulbereich zu verdoppeln und in jedem Bezirk jeweils mindestens eine ganztägige Schulform anzubieten“, so Oxonitsch. Die Eltern sollen jedoch weiterhin die Möglichkeit haben sich für eine halbtägig geführte Schulform zu ent-

scheiden. Für Stadtschulratspräsidentin Brandsteidl ist klar, dass auch die AHS Schritt für Schritt Ganztagschulen werden sollen. In der allgemein höher bildenden Schulen kann so Lernen und Freizeit als eine Einheit gedacht werden. „So verbinden sich in der neuen flexiblen Form der ganztägigen Betreuung die Anforderungen der Schule mit den Möglichkeiten der Freizeitpädagogik“, so Brandsteidl. ♦



Kromus

Bürgermeister Michael Häupl, SPÖ-Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch und Stadtschulratspräsidentin Susanne Brandsteidl bringen Wien auf den Weg zur Ganztagschule.



Bildbox

Steuerperspektiven für 2020

Otto Farny plädiert dafür, den Prozess „Österreich 2020“ zu nutzen, um ein wohlüberlegtes und visionäres Gesamtkonzept des Steuersystems aus sozialdemokratischer Sicht zu entwerfen.

„Das praktische Ergebnis der politischen Entwicklung war, dass das österreichische Steuersystem nicht nur extrem intransparent, sondern auch extrem unausgewogen wurde.“

Nach einer jüngsten Studie des Wifo wirkt die Ausgabenseite des Staatsbudgets umverteilend auf die Haushaltseinkommen zugunsten der kleineren Einkommen, die Einnahmenseite – über Steuern und Abgaben – verteilt aber praktisch nicht um. Dieser Befund mag für viele überraschend sein; er erklärt sich dadurch, dass der progressiv wirkenden Einkommensteuer regressiv wirkende Abgaben wie z.B. Sozialversicherungsbeiträge oder die Konsumsteuern entgegenstehen. Für große Vermögen und höchste Einkommen erscheint Österreich durch Privatstiftungen, nicht progressive Besteuerung der Zinsen, niedrige Unternehmensbesteuerung im internationalen Vergleich, durch fehlende Spekulationsbesteuerung, durch das Fehlen einer Vermögens- und Erbschaftsteuer geradezu als Steuerparadies. Das alles ist sicher eigenartig in einem Land mit langer sozialdemokratischer Regierungstradition.

Doch hat alles auch seine Erklärung: In der Regierung Kreisky ging es vorrangig darum, gesellschaftspolitische Reformen durchzusetzen und im Sozialbereich Reformen durchzuführen. Die Erhaltung der absoluten Mehrheit verlangte auch bürgerliche Wähler anzusprechen und deshalb wurde die Steuerkarte als Verteilungsinstrument nie offensiv gespielt. Später war die SPÖ mit einem Partner in Koalitionsregierungen, dem das Steuerthema das wichtigste war, aber genau mit der gegengleichen Zielsetzung. Das praktische Ergebnis dieser politischen Entwicklung war, dass das österreichische Steuersystem nicht nur extrem intransparent, sondern auch extrem



Ein Gesamtkonzept sollte erarbeitet werden, das die Entlastung des Faktors Arbeit beinhaltet.

unausgewogen wurde. Es gibt eine starke Schlagseite zur Überbesteuerung der Arbeit und zu einer Unterbesteuerung von Konzernen und großen Vermögen. Dieses Ungleichgewicht ist im internationalen Vergleich schon so groß geworden, dass selbst konservative Experten und Institutionen Änderungen einmahnen. Das geht nur so, dass die menschliche Arbeit steuerlich entlastet wird und stattdessen andere Besteuerungsquellen stärker gewichtet werden, wie z.B. Vermögen, Umweltbelastung, Finanzspekulationen.

Man ist gut beraten, solche Änderungen im Steuersystem nicht übers Knie zu brechen, sondern wohlüberlegt ein abgestimmtes Gesamtkonzept zu entwickeln. Ich verstehe den Prozess „Österreich 2020“ so, dass das der Ort ist, ein – durchaus vi-

sionäres – Konzept aus sozialdemokratischer Sicht zu entwerfen. Dabei kann es nicht nur um eine Kombination alter Ideen gehen, sondern dafür braucht es auch kreativer und innovativer Inputs. Gelingen kann ein solcher Prozess nur, wenn alle engagiert mitarbeiten und wenn eine enge Abstimmung mit der Politik erfolgt. Die besten Ideen nützen nichts, wenn sie am Ende nicht einmal in der SPÖ durchsetzbar sind und der beste politische Gestaltungswille nützt nichts, wenn er nicht auf gut durchdachten Konzepten aufbaut. In diesem Sinn freue ich mich schon auf spannende Diskussionen und zielführendes Arbeiten. ♦

Otto Farny ist Experte für Steuerrecht in der Arbeiterkammer Wien.

LESERBRIEFE

Steuern, Mindestsicherung und die Bundespräsidentenwahl beschäftigten unsere Leserinnen und Leser in den letzten Tagen. Einige der zahlreichen Reaktionen – teilweise gekürzt – finden sich hier wieder.

Sehr geehrte Damen, Herren!

Wenn ich mir die Entwicklung ansehe, die unsere Gesellschaft in Europa nimmt, dann kann das ein Sozialdemokrat nicht begrüßen. Während einige gut organisierte Spekulanten mit dieser Welt Casino spielen und Milliardenbeträge auf ihren Konten anhäufen, werden die Steuerzahler und vor allem die sozial Schwachen dazu gezwungen, die Verluste, die sich durch diese Spekulationen ergeben haben, aus ihren Taschen zu bezahlen. Viele Millionen Euro wurden aus Steuermitteln an die Banken ausbezahlt. Nun schreiben die Banken durchwegs wieder stattliche Gewinne. Es wird daher höchste Zeit, dass die Regierung die wirklich Verantwortlichen zur Kasse bittet – die Bankensolidarabgabe muss her, am besten in ganz Europa!

Sebastian Bruckner, Wien

transaktionsteuer eingerichtet wird, Steuer-schlupflöcher gestopft werden sollen und eine Vermögenszuwachssteuer für mehr Steuergerechtigkeit sorgen soll.

Freundschaft,
Andrea Wieser, Internet

Werte Genossinnen und Genossen!

Der 25. April ist der Tag der Entscheidung! Es ist nicht bloß so, dass Bundespräsident Heinz Fischer mit allergrößter Wahrscheinlichkeit einem verdienten Wahlsieg entgegenzusehen kann. Denn er ist mit Sicherheit der beste denkbare Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten – er hat in den letzten sechs Jahren bewiesen, dass er gut für das Land und auch gut für das Ansehen Österreichs im Ausland ist.

Am Wahlsonntag wird es auch darum gehen, wie viele, oder wie wenige Stimmen die radikal rechte Kandidatin Rosenkranz erhält. Denn daran wird auch festzumachen sein, wie groß der Zuspruch für derartiges Gedankengut in unseren Landen ist. Daher gilt um so mehr: Jede Stimme für Heinz Fischer ist eine Stimme für Österreich!

Elisabeth Hacker, Graz

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Zur derzeit laufenden Debatte um neue Steuereinnahmen möchte ich anmerken, dass ich die Positionen der SPÖ hierzu gut finde. Fraglos ist das Ansinnen zu begrüßen, dass in der Verwaltung gespart werden soll, und bei den Managergehältern, dass die Banken und die Spekulationen besteuert werden sollen, eine europäische Finanz-

**Lieber Sozialminister
Rudolf Hundstorfer**

Ich muss Dich an dieser Stelle dazu beglückwünschen, dass Du umgesetzt hast, wovon andere Politiker seit Jahrzehnten nur geredet haben. Die Mindestsicherung ist mehr als überfällig, denn gerade in schwie-

rigen Zeiten wie diesen brauchen die schwächsten Österreicherinnen und Österreicher Unterstützung und Hilfe. Daher finde ich es erschreckend, wenn manche, meist jene, die eher zu den Wohlhabenden gehören, die Mindestsicherung abschätzig als „Hängematte“ oder „Faulenförderung“ bezeichnen. Die sollen nicht von ihrem hohen Ross herab reden, sondern den vielen künftigen Beziehern der Mindestsicherung ins Gesicht sagen, dass sie sich in eine „soziale Hängematte“ legen. Diese Menschen sollen sich einmal den Alltag eines Sozialhilfeempfängers ansehen, sollen einmal einen Sozialmarkt besuchen. Dann würden sie die Welt vermutlich mit anderen Augen sehen. Lieber Rudi Hundstorfer, lass Dich von diesen Leuten nicht in Deinem Tun beirren. Du bist auf dem richtigen Weg und die Mindestsicherung wird den Alltag, ja, das ganze Leben von über 200.000 Österreicherinnen und Österreichern deutlich verbessern.

Freundschaft,
Hertha Pavlicek, Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärthl, Mag^a Regine Bohm, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Fotolia, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

www.spoe.at

Pressefoyer zum Ministerrat auf Youtube!

Unter dem Vorsitz des Kanzlers trifft an fast allen Dienstagen des Jahres die Bundesregierung im Bundeskanzleramt zu Arbeitsgesprächen zusammen. Nach dem gemeinsamen Meeting aller Regierungsangehörigen treten der Bundeskanzler und der Vizekanzler vor die Presse, berichten über die Verhandlungsergebnisse und Vorhaben der Regierung und stellen

sich den Fragen der Journalisten. Seit neuem bietet nun der Youtube-Kanal **www.youtube.com/user/OesterreichGemeinsam** Zusammenfassungen der jeweiligen Rede von Bundeskanzler Werner Faymann mit Untertitelung. Pünktlich am Dienstag Nachmittag kann das aktuelle Video auch auf **www.spoe.at** angesehen werden.



HBf



Vorsorglich: Alois Stöger und Franz Riepl

Am Weltgesundheitstag besuchte Gesundheitsminister Alois Stöger gemeinsam mit SPÖ-Nationalrat Franz Riepl die Großbaustelle Wien Mitte. Mit im Gepäck hatten sie eine gesunde Jause für die Arbeiter und Schneidbretter, auf denen die Ernährungspyramide für eine gesunde Ernährung zu finden ist. Stöger: „Gesunde Ernährung ist die beste Prävention. Wer sich gesund ernährt und sich fit hält, lebt länger und bleibt länger gesund.“

Tatic



Kulinarisch: Heinz Fischer

Die bekannte Bäckerei „Der Mann“ widmet Bundespräsident Heinz Fischer ein eigenes „Präsidentenweckerl“. Fischer ließ es sich nicht nehmen, das Backwerk gleich selbst zu verkosten. Sein Fazit: „Hervorragend“. Anschließend verteilte der Bundespräsident Kostproben und nutzte die Gelegenheit für Gespräche.

SPÖ Frauen



Solidarisch: Werner Faymann

Bundeskanzler Werner Faymann unterstützt mit seiner Unterschrift die Forderung der SPÖ Frauen nach Verankerung der Lohntransparenz im Gleichbehandlungsgesetz. „Es geht nicht an, dass Frauen für dieselbe Arbeit weniger Geld bekommen als Männer“, so Faymann.



BKA

Freundschaftlich: Werner Faymann und Herman Van Rompuy

Die gemeinsamen Anstrengungen auf EU-Ebene, um den Folgen der Finanzkrise richtig entgegen zu steuern, waren das zentrale Thema eines Treffens von Bundeskanzler Werner Faymann mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, der den „Aufenthalt im frühlinghaften Wien“ genoss, wie er in perfektem Deutsch verkündete.